

Alles Gute kommt doch von oben

VON PETER SCHALLENBERG

Die Rede des frisch wiedergewählten Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, die ich letzten Sonntag im Auto hörte, war insgesamt nicht schlecht, mit zahlreichen Pirouetten rund um den Demokratiebegriff. Bis fast zum Ende, als es hieß: „Vertrauen in Demokratie ist doch am Ende nichts anderes als Vertrauen in uns selbst. In unserem Grundgesetz steht schließlich nicht: ‚Alles Gute kommt von oben‘, sondern da steht: ‚Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.‘“ Die Mütter und Väter des Grundgesetzes hätten sich sicher gewundert, so missverstanden zu werden, und eine Lektüre des Anfangs unserer Verfassung hätte den Redenschreiber schnell eines Besseren belehrt. Denn bekanntlich fängt ja nach dem Willen des Verfassunggebenden Konvents und des Parlamentarischen Rates das Grundgesetz nicht einfach an mit dem wunderbaren Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar!“ Sondern ausdrücklich sollte der eigentlichen Verfassung eine Anrufung Gottes als Präambel vorangehen: „In Verantwortung vor Gott und den Menschen gibt sich das deutsche Volk dieses Grundgesetz.“ Das ist auch eine Erinnerung an die Postulate des Philosophen Immanuel Kant, der Pate stand für die meisten deutschen Grundrechtserklärungen im 19. Jahrhundert: Gott, Seele, Unsterblichkeit. Kant führte diese drei Postulate, also Forderungen an die menschliche Vernunft, ja gerade deswegen ein, um zu zeigen: Es kann gut sein, in diesem Leben manchmal auf die Durchsetzung eigener Ansprüche zu verzichten, weil man dadurch seine Seele und am Ende Gottes Ewigkeit gewinnt. Denn Kant hatte „seinen“ Augustinus und dessen Auslegung der Geschichte von Kain und Abel sorgfältig gelesen. In seinem „Gottesstaat“ zeigt Augustinus zugleich Grenze wie Größe des Staates auf: Der Staat als Rechtsstaat verbürgt das Recht und erhofft das Gute, nämlich die Liebe, die er freilich, anders als das Recht, nicht erzwingen kann. Der Staat, im Bild gesprochen, schützt durch sein Gewaltmonopol und seine Gesetze den Abel vor der Ermordung durch den Kain, er schützt ihn jedoch nicht vor der Lieblosigkeit des Kain. Die Staatsgewalt regiert die äußeren Verhältnisse und geht insoweit in der Tat vom Volke aus: Um zu erkennen, dass Mord Unrecht ist, braucht es keinen Glauben an Gott. Aber das ist ja bestenfalls nur ein kümmerlicher Anfang: Niemand ist glücklich, weil er nicht ermordet wird; glücklich sind wir erst, wenn wir geliebt werden, wenn wir also, wie Artikel 6 GG festhält, in Ehe und Familie (und Freundschaft) leben dürfen. Die Staatsgewalt vom Volke aus erzwingt das Recht und erhofft zugleich mit der Präambel des Grundgesetzes, dass es Gottes Liebe und auch sein Gericht am Ende der Zeit gibt. Verantwortung vor Gott heißt mehr als Glaube an Gott: Es heißt sich einem größeren, anderen Gericht am Ende aller Zeiten zu stellen als nur der eigenen kleinen Frage: „Warst Du rechtschaffen und gesetzeskonform?“ Der Mensch hat das Recht, auf den ewigen Morgen des Jüngsten Tages zu hoffen – daher die Präambel des Grundgesetzes. Jeder Sozialstaat und jede Demokratie lebt von dieser Verantwortung vor Gott, die weiß: Alles Recht kommt durch Staatsgewalt, alles Gute aber – nämlich unbedingte Liebe – kommt von oben, von Gott!



Der Autor ist Direktor der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle (KSZ) in Mönchengladbach. Die Kolumne erscheint in Zusammenarbeit mit der KSZ.

Foto: KNA